

Dresden, 15.02.2010

Stellungnahme des Vorstandes der LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e. V. zu den geplanten Kürzungen im Ressort des Sächsischen Staatsministerium für Soziales

Frostige Zustände in Sachsens Kinder- und Jugendhilfelandchaft

Es ist Februar 2010. Wie jedes Jahr warten die Träger der Kinder- und Jugendhilfelandchaft auf Zuwendungsbescheide, diskutieren die Entlassung von Mitarbeitenden, die Aufnahme von (Privat)Krediten u. a., um das dadurch vorhandene finanzielle Loch zu überbrücken.

Es ist Februar 2010, Winter in Sachsen, die klimatischen Temperaturen liegen seit Tagen unter Null Grad Celsius. Doch die Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfelandchaft betreffend scheint der Frost über den Sommer in die Zukunft hinein Bestand zu haben. Die umfangreichsten fiskalischen Kürzungen der Vergangenheit im Kinder- und Jugendhilferessort sind geplant.

Drei irritierende Beobachtungen der aktuellen Situation

- Die geplanten finanziellen Einschnitte sind gemessen an der Gesamtsumme der geplanten Einsparungen im Landeshaushalt des Freistaates geradezu minimalistisch. Darüber hinaus werden die Folgekosten in absehbarer Zeit die jetzt vorgenommenen „Einsparungen“ bei weitem übersteigen. Das Vorgehen ist somit finanzpolitisch nicht nachvollziehbar.
- Mit dem Vorhaben muss eine ganze Generation von Kindern und Jugendlichen für eine u. E. verfehlte Finanzpolitik eintreten:
 - eine Generation die selbst keine Stimme hat;
 - eine Generation, welche die Zukunft des Freistaates mit gestalten und sich deshalb in Sachsen zu Hause fühlen soll und begleitet werden muss, auch um Abwanderungsbewegungen zu stoppen und der demografischen Entwicklung entgegenzutreten.

Die geplanten Maßnahmen werden flächendeckend zu einem nachhaltigen Ausdünnen der Angebotsinfrastruktur für Kinder und Jugendliche führen. Das Vorgehen ist somit sozialpolitisch nicht nachvollziehbar.

- Die sächsische Trägerlandschaft erfuhr von den Vorhaben aus der Presse, nicht über den formellen Weg. Bereits im Jahr 2008 wurde bei der Richtlinienänderung der RL 2 durch das SMS (Wegfall der Leistungsvereinbarungen mit dem Landesjugendamt) der LJHA entgegen den gesetzlichen Vorgaben des LJHG nicht beteiligt. Es stellt sich die Frage, welches Demokratieverständnis hier zum Tragen kommt. Ein Demokratieverständnis, welches so dem politischen Desinteresse der Bevölkerung entgegenzutreten und beispielhaft sein soll in einem Bundesland, in dem Schritt für Schritt eine rechtsextreme Partei mit ihren Strukturen Fuß fasst und die Demokratie abschaffen will? Das Vorgehen ist somit innenpolitisch nicht nachvollziehbar.

Der Vorstand der LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V. fordert alle Verantwortungsträger_innen in Landespolitik und Landesverwaltung auf, Überlegungen zu fiskalischen Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe einzustellen.

Bei Rückfragen nehmen Sie bitte mit allen drei Vorstandsmitgliedern aus organisatorischen Gründen gleichzeitig Kontakt auf (christian.kurzke@jungenarbeit-sachsen.de; christoph.arnold@jungenarbeit-sachsen.de; david.richter@jungenarbeit-sachsen.de). Gern stehen wir für einen Gedankenaustausch zur Verfügung.